

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Anregungs- und Beschwerdeausschusses
am 31.10.2023

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 17:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Elke Grünewald
Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Carsten Krumhöfner
Herr Werner Thole

SPD

Frau Ayla Avvuran
Frau Brigitte Biermann
Herr Kai-Philipp Gladow
Herr Birol Keskin

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Paul John
Frau Daniela Kloss
Herr Arne Petring
Frau Hannelore Pfaff

FDP

Herr Gregor vom Braucke

Die Linke

Herr Peter Ridder-Wilkens

Die Partei

Herr Christian Loth

Schiffführung

Frau Katrin Steinkötter

Von der Verwaltung:

Frau Wellmann – Rechtsamt

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Krumhöfner, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Anregungs- und Beschwerdeausschuss beschlussfähig ist. Änderungen zur Tagesordnung werden nicht genannt.

Zu Punkt 1 **Genehmigung der Niederschrift über die 09. Sitzung des Bürgerausschusses am 13.06.2023**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 09. Sitzung des Bürgerausschusses am 13.06.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

-bei zwei Enthaltungen einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 4 **Beratung von Anregungen und Beschwerden**

Zu Punkt 4.1

Baumschutz beim Ersatzbau der Martin-Niemöller-Gesamtschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6943/2020-2025

Drucksachennummer: 6841/2020-2025

Frau Wellmann erläutert, dass mit der Eingabe beantragt werde, beim Ersatzbau für die Martin-Niemöller-Gesamtschule keine Bäume zu fällen, möglichst wenig freie Flächen zu versiegeln und viel alte Bausubstanz wiederzuverwerten. Diese Eingabe sei von 154 Personen mit ihrer Unterschrift unterstützt worden. Kurzfristig seien weitere 56 Unterschriften nachgereicht worden, so dass insgesamt 210 Unterschriften vorlägen. Das Bauamt habe hierzu eine Informationsvorlage erstellt. Die Stadt Bielefeld könne -nach jetzigem Planungsstand- aufgrund der Rahmenbedingungen nur einen geringen Teil der vorhandenen Bäume erhalten. Die Stadt sei insgesamt aber bestrebt, so viele Bäume wie möglich im Zusammenhang mit der Realisierung des Bauvorhabens zu erhalten. Die zu erhaltenden Baumstandorte seien in dem in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan gesichert worden.

Zum Stand des B-Planverfahren teilt Frau Wellmann mit, dass der Entwurfsbeschluss gefasst worden sei. Zurzeit erfolge das öffentliche Beteiligungsverfahren. Es bestehe noch bis zum 10. November die Möglichkeit, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Der Entwurf sei im Internet einsehbar. Ebenso bestehe die Möglichkeit, sich in der Bauberatung zu informieren.

Bei der baulichen Umsetzung sei weiterhin geplant, Dachflächen extensiv zu begrünen und einen möglichst geringen Versiegelungsgrad anzustreben. Hinsichtlich der Baumaterialien werde, soweit möglich, eine Wiederverwendung angestrebt.

Daher gehe die Verwaltung davon aus, dass die mit der Eingabe angestrebten Belange im laufenden Verfahren bereits -soweit es die Rahmenbedingungen zulassen- Berücksichtigung finden.

Im Ergebnis werde vorgeschlagen, die hier eingereichte Eingabe nebst der Unterschriftenlisten an das Bauamt weiterzuleiten und dies als Stellungnahme aus der Öffentlichkeit im Rahmen der aktuellen Offenlegung zu werten und in die Gesamtwürdigung einfließen zu lassen.

Herr Krumhöfner erteilt der Petentin das Wort.

Die Petentin bedankt sich und führt aus, dass sie zu drei Punkten Stellung nehmen möchte:

1. Warum Bäume unverzichtbar seien
2. Was dies für Bielefeld bedeute
3. Zur Umplanung

Zu Punkt eins trägt die Petentin vor, dass Bäume CO₂ speichern würden, Sauerstoff produzieren und zur Kühlung des Klimas beitragen würden.

Zu Punkt zwei führt die Petentin aus, dass Bäume für die selbstgesteckten Klimaziele Bielefelds unentbehrlich seien. Eine Fällung von 138 Bäumen passe nicht zu diesen Zielen.

Bäume seien für das Klima unverzichtbar und würden z. B. bei Starkregen helfen, dem Wasserstand zu halten. Die geplanten Ersatzpflanzungen seien wertlos, da ein neuer Baum zu viel Zeit brauche, einen alten Baum zu ersetzen. Für eine 100 Jahre alte Buche müssten 2007 junge Bäume gepflanzt werden. Hierfür gebe es nicht genügend Platz.

Zu Punkt drei erläutert sie, dass eine andere Planung erforderlich sei. Für die Schülerinnen und Schüler könnten als Zwischenlösung Container auf dem Sportplatz aufgestellt werden. Es solle ein Neubau am alten Standort möglich gemacht werden. Dafür sei eine Umplanung aber keine Neuplanung erforderlich. Eine neue Bushaltestelle sei dann entbehrlich, wodurch Kosten eingespart würden.

Die Petentin führt weiter aus, dass wir uns mitten im Klimawandel befinden würden und es nur eine Frage der Zeit sei, bis der Teutoburger Wald brennen werde. Es könne nicht so weitergehen wie bisher. Der Ausschuss solle sich für eine „Notbremse“ und eine Umplanung einsetzen.

Frau Biermann bedankt sich bei der Petentin und möchte den grundsätzlichen Ausführungen der Petentin zum Klimawandel nicht widersprechen. Der Bildungsauftrag zwinge die Politik jedoch zum Handeln. Der Prozess laufe bereits und die Eingabe solle entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung weitergeleitet werden.

Herr vom Braucke stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu. Die Dramatik des Vortrags der Petentin teile er nicht. Es sollte hier kein AngstszENARIO skizziert werden. Die FDP habe eine Sanierung der Gesamtschule und keinen Neubau gewollt.

Herr John teilt mit, dass die Anregungen und Bedenken bekannt seien. Das Verfahren sei aber soweit fortgeschritten, dass es nicht aufgehoben werden könne. Er stehe mit dem Dezernat 3 in Kontakt und es werde versucht, so viele Bäume wie möglich zu erhalten. Es sei eine Abwägung zwischen dem Naturschutz und dem Bildungsauftrag für die Kinder erforderlich. Die Informationsvorlage spreche für sich. Der Schaden für die Umwelt könne nur minimiert werden.

Herr Thole weist daraufhin, dass der Zustand der Martin-Niemöller-Gesamtschule die Politik seit Jahren beschäftigen würde. Die Entscheidung sei keiner Partei leichtgefallen. Man habe eine Verantwortung gegenüber den Schülerinnen und Schülern in Schildesche. Die Eingabe solle wie vorgeschlagen weitergeleitet werden.

Frau Pfaff ergänzt, dass es lange Bemühungen gegeben habe, ein Gelände aus privater Hand im Umfeld der Schule zu kaufen. Da diese Bemühungen vergeblich waren, sei die jetzige Planung entstanden.

Beschluss:

Die Eingabe nebst Unterschriftenlisten wird an das Bauamt weitergeleitet. Sie soll als Stellungnahme aus der Öffentlichkeit im Rahmen des laufenden B-Planverfahrens gewertet werden und in die

Gesamtwürdigung einfließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2 **Quartiersschwester**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6944/2020-2025

Drucksachennummer: 7007/2020-2025

Frau Wellmann trägt vor, dass mit der Eingabe vorgeschlagen werde, eine Quartiersschwester für die Bereiche Wellensiek, Rottmannshof und Lange Lage einzustellen. Eine Quartiersschwester solle eine qualitativ gute pflegerische Betreuung unterschiedlicher Belange gewährleisten. Im Bereich der Finanzierung werde vorgeschlagen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner die Quartiersschwester über ihre Beiträge zur Pflegeversicherung bezahlen. Der Pflegeversicherungsträger solle diese Beiträge direkt in einen Topf umbuchen, den die Wellensiek Gemeinschaft gegebenenfalls verwalten könne.

Das Büro für Sozialplanung habe hierzu eine Informationsvorlage erstellt, auf die Bezug genommen werde. Grundsätzlich begrüße die Verwaltung den Ausbau und die Weiterentwicklung quartiersorientierter Versorgungsstruktur. Gegen die konkrete Umsetzung bestehe allerdings aus verschiedenen Aspekten Bedenken.

Grundsätzlich werde die Erprobung eines - sich am Vorschlag der Petenten orientierten - Konzepts mit einer tragfähigen Finanzierung im Rahmen eines Modellversuchs grundsätzlich begrüßt. Daher werde empfohlen, die Eingabe zunächst zur weiteren Prüfung an die Verwaltung weiterzuleiten, um sie dann dem SGA zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Krumhöfner fragt nach, ob von den Petenten jemand erschienen sei. Da sich niemand zu Wort meldet, eröffnet er die politische Diskussion.

Herr Thole begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, die Eingabe zur Prüfung eines Modellprojekts an die Verwaltung zu geben und dann an den SGA weiterzuleiten.

Herr John stimmt einer Verweisung ebenfalls zu. Er werde als Bezirksbürgermeister von Dornberg das Ergebnis der Beratung den Petenten spiegeln und evtl. eine Informationsveranstaltung für andere Bezirke veranstalten.

Frau Pfaff teilt mit, dass sie das Konzept einer Quartiersschwester noch aus der Vergangenheit kenne. Früher sei es eine Person aus der Kirchengemeinde gewesen. Eine Quartiersschwester habe keine 5-Tage-Woche und keine festen Arbeitszeiten von 07.00 Uhr bis 19.00 Uhr. In Gadderbaum wäre eine Quartiersschwester nicht ausreichend. Es sei ein

großes Thema, welches praktisch kaum umsetzbar sei. Eine Verweisung der Eingabe sei daher nicht sinnvoll.

Frau Biermann widerspricht der Aussage von Frau Pfaff. Es gebe viele einsame Menschen, die Unterstützung benötigen würden. Das Modellprojekt sei eine Chance. Sie schließe sich einer Verweisung an.

Frau Grünewald stimmt den Ausführungen von Frau Biermann zu. Mit einem Modellversuch ggf. im Rahmen eines Förderprogramms könne man testen, ob eine Umsetzung möglich sei.

Beschluss:

Die Eingabe wird zunächst an die Verwaltung weitergeleitet, um Einzelheiten eines Modellprojekts zu prüfen. Danach soll die Eingabe zusammen mit dem Vorschlag der Verwaltung dem SGA zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegt kein Bericht vor.

-.-.-

Carsten Krumhöfner

Katrin Steinkötter
(Schriftführerin)